Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583. Für Nachtgespräche: 1800.
Geschäftsstelle: Zentr. 1902, 3248, 3394.

Preis für die Anzeigenzeile Nr. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 323. Mittwoch, 9. Juli 1919. Morgen-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Vorbereitungen zur Uebergabe von Danzig.

Eigene Drahtmeldung.

F. **Danzig**, 8. Juli.

Um die Uebergabe der Stadt Danzig an den Völkerbund vorzubereiten, traf hier das Mitglied der Alliiertenkommission aus Berlin, der Oberst Pedwel, ein. Er äußerte sich einem Vertreter der „Danziger Zeitung" gegenüber über seine Aufgaben in Danzig und meinte, er sei gekitzelt, um die Verhältnisse und die Stimmung in Danzig zu erkunden und sich über die Wünsche der Danziger Bevölkerung zu informieren. Der englische Oberst wurde von den Journalisten darauf aufmerksam gemacht, daß die ungeklärte Frage, wann sich Danzig als Freistaat konstituieren werde, am schwersten auf der Entwicklung Danzigs laste, denn weder Behörden noch Private seien in der Lage, ihre Arbeit auf den richtigen Zeitpunkt einzustellen. Die schleunigste Bekanntgabe des Termins sei vor allem nötig wegen der bevorstehenden Ernte, weil man nicht wisse, ob die Ernte im Freistaatgebiet nach der Regelung der Reichsgetreidestelle unterliege oder nicht. Der englische Oberst versprach, hierüber sich tunlichst bald seinen Behörden zu berichten und die Entscheidung herbeizuführen. Das in Danzig verbreitete Gerücht, daß für Danzig eine englische Besatzung von 2000 Mann bereits auf dem Transport sei, konnte der Oberst nicht aufklären, da man von den Absichten, die in dieser Beziehung bei dem Verband beständen, in Berlin nicht unterrichtet sei. Ebensowenig Klarheit herrsche in Berlin über die Frage, wer als Oberkommissar der Verbündeten nach Danzig komme, ob ein Franzose, ein Engländer oder ein Amerikaner. Der Journalist ließ durchblicken, daß man in Danzig die Ernennung eines Engländers oder Amerikaners zum Oberkommissar am günstigsten aufnehmen würde, denn man befürchte bei einem französischen Oberkommissar eine zu große Polenfreundschaft, die den Oberkommissar verbindern werde, unparteiische Urteile abzugeben und gerechte Entscheidungen zu fällen. Die Ernennung des Oberkommissars für Danzig wird nach Ansicht des englischen Obersten vielleicht erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages erfolgen. Der Oberst bleibt nur einige Tage in Danzig, um dann nach Berlin zurückzukehren und seine Berichte über Danzig zu erstatten. Er ist heute sofort mit den militärischen und Zivilbehörden in Verbindung getreten.

Der Regierungsrat Dr. Dolle vom Danziger Oberpräsidium, der vom Minister des Innern zum Polizeipräsidenten von Danzig ernannt wurde, hat dieses Amt wegen der sozialistischen Treiberein gegen ihn nicht angenommen und legt seine Verletzung in den Ruhestand beantragt. Besonders scharf war Reichskommissar Winnig gegen Dolle aufgetreten, den er als schlimmsten Reaktionär bezeichnet hatte.

Der schwedische Fabrikdirektor Jordahl in Berlin hat das in Danzig am Hauptbahnhof gelegene Hotel „Norddeutscher Hof" erworben. Weitere Grundstücke in derselben Gegend gingen in polnischen Besitz über.

Die wirtschaftlichen Sorgen des neuen Freistaates.

Auf Veranlassung des Magistrats fand in Danzig eine aus allen Interessentenkreisen des neuen Freistaatsgebietes besuchte Versammlung statt, in der man sich Klarheit schaffen wollte über die nächsten Zukunftsfragen. Oberbürgermeister Sahm erklärte in einer Eröffnungsansprache, daß alle Faktoren, mit denen man rechnen müsse, völlig unsicher seien; überall wohin man blicke, stehe man vor verschlossenen Türen, zu denen der Schlüssel fehle und von denen man nicht wisse, was sich dahinter verbergen. Diese Unklarheit dürfe aber keine Vogelstraußpolitik rechtfertigen, vor Ueberraschungen müsse man sich schützen. Bisher hatten alle amtlichen und privaten Stellen angenommen, daß Artikel 102 der Friedensbedingungen unverändert geblieben sei, in dem es heißt:

„Die Stadt Danzig wird nebst dem im Art. 100 bezeichneten Gebiet zur Freien Stadt erklärt und unter den Schutz des Völkerbundes gestellt."

Aus der Zusammenstellung der Aenderungen der Entente an den Friedensvorschlägen gehe nun aber zur größten Ueberraschung hervor, daß die Bestimmungen über den Freistaat des Inkrafttretens des Freistaates wie folgt lauten:

„Die alliierten und assoziierten Hauptmächte übernehmen es, die Stadt Danzig nebst dem in Art. 100 bezeichneten Gebiet als Freie Stadt zu konstituieren; sie wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt."

Selbst wenn man die optimistische Auffassung hegt, daß diese Abänderung zugunsten des Freistaates vorgenommen ist, so ist es doch sicher, daß bisher keine Einigkeit über den Zeitpunkt des Inkrafttretens nur vergrößern. Pflicht der amtlichen Berliner Zentralstellen wäre es gewesen, Danzig sofort von diesen Abänderungen in Kenntnis zu setzen. Für die Verwaltung der Stadt und für den Oberbürgermeister, an den täglich die Notwendigkeit sofortiger Entscheidungen von größter Wichtigkeit herantreten, sei die Situation durch die quälende Ungewißheit eine recht unangenehme. Solange Danzig noch zum Deutschen Reiche gehöre, sei es selbstverständliche Pflicht, die Gesetze und Verordnungen auf das genauste inne zu halten. Wenn aber aus irgend welchen Gründen in den benachbarten Gebietsteilen die Bestimmungen über die Erfassung der Nahrungsmittel eine Aenderung erfahren, dann müsse sich auch Danzig vorbehalten, Anträge auf Abänderung der Bestimmungen für das künftige Freistaatsgebiet geltend zu machen, vor allem dann, wenn zu befürchten sei, daß die Nahrungsmittel-Versorgung für Danzig gefährdet werde. Aber auch auf anderen Gebieten sind Unklarheiten und Ungewißheiten. Wir sind in starker Weise abhängig von Maßnahmen, die an unseren Grenzen getroffen werden. Wir müssen hierfür drei verschiedene Möglichkeiten ins Auge fassen: Was wird Deutschland mit den ihm verbleibenden Teilen Ostpreußens machen die an unser Gebiet stoßen? Was wird das Deutsche Reich für die Abstimmungsbezirke anordnen? Was wird schließlich Polen tun in den Gebietsteilen, die endgültig ihm abgetreten werden?

Von dem Magistratsdezernenten Dr. Grünspan wurden dann sehr interessante Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage des Freistaates Danzig gemacht. Der Freistaat erhält rund 350000 Einwohner, seine Landwirtschaft ist aber nicht in der Lage, die Bewohner des Freistaates zu ernähren. Kartoffeln werden nur so viel erzeugt, daß die Bevölkerung ½ Pfund pro Kopf und Tag erhalten könnte, so daß also rund 100000 t eingeführt werden müssen. Die Getreideversorgung macht die Einfuhr von rund 20000 t Brotgetreide erforderlich; Weizen ist im Ueberfluß vorhanden, dagegen wird Roggen wenig gebaut. Hafer und Gemenge, das im Freistaatsgebiete geerntet wird, reicht nicht zur Ernährung der Pferde aus; 25000 t müßten eingeführt werden. Der Zuckerrübenanbau ist während des Krieges um zwei Drittel zurückgegangen; es müßten 12000 t Zuckerrüben eingeführt werden, um die Bevölkerung zu versorgen und die drei Zuckerfabriken und die zwei Malzereien, die im Freistaate vorhanden sind, zu beschäftigen. Das Rauhfutter wird ausreichen, an eine Ausfuhr ist aber nicht zu denken. Die Obsterzeugung ist ganz unzureichend, die Ernte an Hülsenfrüchten ebenfalls, während die Gemüseversorgung befriedigend sein könnte. Mit der Fleischversorgung ist es schlecht bestellt, zumal der Viehbestand im Freistaatsgebiete in den letzten sechs Jahren ganz erheblich heruntergegangen ist, bei Schweinen um 51%, bei Rindern um 16%, bei Kälbern um 39%. Pferde waren sonst ausgeführt; Zugvieh zur Mast muß eingeführt werden. An Düngemitteln wurden rund 70000 t gebraucht. Die Milchversorgung werde jetzt von 17 Landreisen bewirkt, sei also für die Zukunft ganz trostlos.

In der Aussprache forderten dann die Vertreter von Handel und Industrie dringen die Beseitigung der Zwangswirtschaft im neuen Freistaate, während ein Vertreter der Sozialdemokraten gegen den freien Handel sprach. Scharf verurteilt wurde die Regierungskundgebung, daß die Deutschen aus dem Freistaatsgebiet sofort nach der Ernte nach Stettin ausgeführt werden sollen. Man ersuchte den Magistrat, dies zu verhindern, auch dürfe kein Brotgetreide aus dem Freistaatsgebiet abtransportiert werden, bevor nicht die Ernährung der Bevölkerung sicher gestellt sei.

R. F.

Ausstände im Elsaß.

Bern, 8. Juli. Der Basler „Vorwärts" erfährt aus Mülhausen, daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Colmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in den elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben und im rheinischen Industriegebiet dauernd Ausstände herrschen und die gewerkschaftlichen Uerbände Arbeiter und Angestellte zur Unterstützung der Ausständigen auffordern. Die französischen Gewerkschaften hätten seinerzeit Geldunterstützung bewilligt und auf wiederholte Bitten geantwortet, die französischen Gewerkschaften hätten für Streikunterstützungen kein Geld. Infolgedessen sei der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung gefolgt.

Haftentlassung des Journalisten Price.

Wie die „P. P. N." erfahren, ist der englische Journalist Price am Dienstag aus der Haft entlassen worden.

Vor der Ratifizierung des Friedensvertrages.

Eine einleitende Rede Hermann Müllers.

Morgen Mittwoch wird die Nationalversammlung, wie die „P. P. N." erfahren, in einer kurzen Sitzung nach einer einleitenden Rede des Außenministers Hermann Müller wahrscheinlich ohne Debatte die Ratifizierung des Friedensvertrages beschließen. Am Donnerstag wird die Steuerdebatte fortgesetzt.

Neue Forderungen des „Temps".

○ **Paris**, 8. Juli. (Indirekter Dienst der „Deutschen Allg. Zeitung".) In einer Besprechung der Verteilung der Kriegsentschädigungen schlug der „Temps" vor, nicht nur die Kosten für die Besatzungsarmee festzulegen, wovon Lloyd George gesprochen habe, sondern auch den Höchstbetrag für der von Amerika zu liefernden Lebensmittel und Rohstoffe zu bestimmen, deren Preise auf die ersten 20 von Deutschland in Aussicht gestellten Milliarden angerechnet werden sollen.

Zulassung Italiens zur Beratung der Kolonialmandate.

„Corriere della Sera" vom 7. meldet, daß das Marconi mit Simon über Bologna nach London gereist ist, wo er mit Lord Milner und House an der Mandatsverteilung des Systems der Kolonialmandate teilnimmt, eine Tätigkeit, von der Italien bisher ausgeschlossen war.

Die Wahlreform in Frankreich angenommen.

Versailles, 8. Juli. Die Kammer nahm gestern mit 334 gegen 121 Stimmen die Wahlreform nach dem vom Senat abgeänderten Text an, durch die die Listenabstimmung mit Verhältniswahl eingeführt wird. Als Wahlbezirke gelten die Departements.

Verdächtige Geldsendungen aus Ungarn.

P. **Wien**, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem hiesigen Südbahnhof wurde gestern ein aus Ungarn gekommener Eisenbahnwagen durchsucht und darin 23 Geldkisten, mit Banknoten gefüllt, sowie 18 Koffer mit Wertgegenständen gefunden. Sie wurden beschlagnahmt und der Polizei in Verwahrung gegeben. Nach der Inschrift des Wagens, der in Wiener-Neustadt den Bahnbeamten verdächtig vorgekommen war, wurde der Polizei übergeben.

Vertagung der Programmrede Bauers.

Die für Donnerstag geplante große Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer wird, wie die P. P. N. erfahren, an diesem Tage nicht gehalten werden. Es ist indessen anzunehmen, daß die Verschiebung nur von ganz kurzer Dauer sein wird. Die große Arbeitsüberlastung der letzten Tage ließ nicht zu, daß die Reden, die Fragen im Kabinett schon jetzt so geklärt worden konnten, wie es wünschenswert ist. Gerade im gegenwärtigen Augenblick stehen die wichtigsten Probleme der inneren und äußeren Politik zur Entscheidung: Die Durchführung des Friedensvertrages, die soziale Beruhigung, die Ordnung der Finanzen und natürlich auch die Festlegung der künftigen Wirtschaftspolitik, in der sich bekanntlich verschiedene Strömungen kreuzen.

Auch die Erklärung des Reichsministers des Auswärtigen Müller dürfte erst am Montag oder Dienstag erfolgen.

Die blutigen Zusammenstöße in Hannover.

Gegenüber den irreführenden Darstellungen der „Freiheit" muß erneut darauf verwiesen werden, daß es zweifellos feststeht, daß die Regierungstruppen in Hannover in der Dunkelheit von einer größeren Menschenmenge angegriffen worden sind und in der Notwehr mit vollem Recht gefeuert haben. Sie brauchten einen Befehl dazu nicht abzuwarten, sondern durften sich auch ohnedies gegenüber dem Angriff durch Anwendung der Waffengewalt verteidigen.

Neue Loslösungsbestrebungen im Westen?

Die Rheinische Republik des Herrn Dorten tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Aber eine neue Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches und besonders Preußens ist durch die Propaganda des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich der Versuch, mit Hilfe der Franzosen und vor allem des Generals Mangin eine Groß-Hessische Republik zu gründen, entstanden. Diese Republik soll das gesamte Großherzogtum Hessen, Rheinhessen, Hessen-Nassau, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld bis hinauf nach Wetzlar umfassen. Darmstadt soll Hauptstadt werden, während Mainz an Stelle von Frankfurt a. Main zum Haupthandelsplatz erhoben werden soll. Es ist allerdschöne Zeit, daß die Regierung energischen Protest gegen diese unbaubaren Versuche, neue Staaten von Preußen abzuzweigen, erhebt.

Die wirtschaftliche Neuordnung.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

Weimar, 8. Juli.

Wie wir hören, hat sich das Kabinett in seiner heutigen Sitzung auch mit der Frage der wirtschaftlichen Neuordnung beschäftigt. Es nahm entschieden Stellung gegen alle wirtschaftlichen Organisationspläne, die als Experimente anzusehen seien. Namentlich die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts sprachen sich dagegen aus, daß man durch eine Schematisierung und Demokratisierung der Wirtschaft Ketten anlege, die eine spätere Sozialisierung sehr erschweren würden.

Ein Rücktrittsgesuch des bisherigen Reichswirtschaftsministers Wissell lag bisher noch nicht vor. In politischen Kreisen beschäftigt man sich trotzdem mit der Frage der Nachfolgerschaft. Vielfach wird angenommen, daß der bisherige Reichsernährungsminister Robert Schmidt den Posten übernehmen soll.

Die Besprechungen über die Verstaatlichung der Schulen.

Wie wir erfahren, haben die Besprechungen über eine Verstaatlichung in der Schulfrage in Weimar ihren Fortgang genommen. Ein Ergebnis liegt jedoch noch nicht vor. Deshalb sind die Angriffe, die in einigen Blättern gegen die angeblich bereits getroffenen Abmachungen erschienen sind, nicht stichhaltig. Sie sind aber nicht nur deshalb zu bedauern. Vielmehr bedeuten sie einen Versuch, durch Hervorkehrung kultureller Fragen neue Gegensätze in unser Volk hineinzutragen, das noch der Einigung dringend bedarf. Die Absicht auf eine Verständigung zwischen den zwei Regierungsparteien sind so, daß man wohl mit Bestimmtheit mit ihr rechnen kann. Wenn behauptet wird, daß Konzessionen an das Zentrum gemacht wurden, die eine Rückwärtsbewegung in der Entwicklung kultureller Freiheit bedeuten, so ist der Beweis dafür bisher schuldig geblieben. Jedenfalls ist die Aufrechterhaltung konfessioneller Schulen keineswegs ein solcher Beweis. Vielmehr wären sie durch die von dem früheren Kabinett angenommenen Richtlinien, denen bekanntlich ja auch die Demokraten zugestimmt hatten, ebenso gegeben.

Die Arbeiten der Waffenstillstandskommissionen.

Düsseldorf, 8. Juli 1919. (Eigene Drahtmeldung.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat heute den Verkehr mit der interalliierten Kommission in Köln aufgenommen. Leiter der Deutschen Waffenstillstandskommission ist vorläufig Legationsrat Dr. von Pohrer. Die Waffenstillstandskommission wird sich alsbald auflösen und nur zwei Spezialkommissionen, nämlich für Eisenbahnwesen und für Kriegsgefangenenwesen in Düsseldorf weiter bestehen bleiben. Vorsitzender der Kommission für Eisenbahnen ist Major Stütz, Vorsitzender der Kommission für die Gefangenen Major Kemmelberg.

Erzbergers Finanzprogramm.

Zur gestrigen Rede des Reichsfinanzministers.

Es ist gegenwärtig eine unsagbar undankbare Aufgabe, als Reichsfinanzminister vor das Forum der Nationalversammlung zu treten und das trübe Bild unserer Finanzlage zu entrollen. Schon allein der Umstand, daß das Reich, die Bundesstaaten und Kommunen soeben einen Jahresbedarf von 20 Milliarden Mark haben, der von dem durch fünf Kriegsjahre zermürbten und wirtschaftlich geschwächten deutschen Volke aufgebracht werden muß, hätte den ideenreichsten und schöpferischsten Finanzminister vor geradezu gewaltige und in ihrer Schwierigkeit kaum zu lösende Aufgaben gestellt. Wenn sich jetzt aber die Lage für uns noch weiter dadurch kompliziert, daß wir neben den großen Summen, die das deutsche Jahresbudget erfordern wird uns auch noch nach oben gar nicht fest begrenzte Lasten als Zahlungen für Kriegsentschädigung und Wiedergutmachungen aufzuerlegen müssen, so können die aufgetürmten Schwierigkeiten wohl auch die Kühnsten abschrecken, das Werk des finanziellen Wiederaufbaus Deutschlands zu beginnen.

Die große Finanzrede, mit der der neue Finanzminister sich bei der Nationalversammlung eingeführt hat, zeigt, daß Erzberger sich nicht etwa im schädlicher Selbsttäuschung bemüht, die Dinge durch eine rosarote Brille zu sehen, sondern daß er den ungeheueren Ernst der Situation auch nicht um ein Quentchen verkleinert. Obwohl aber nicht etwa dem Volke Beruhigungsmittelchen verabreicht wurden, geht von dieser Rede ein Zug starker Zuversicht aus. Es spricht aus ihr eine Entschlossenheit, alle unter dem Gesichtspunkte der Wahrung der notwendigen volkswirtschaftlichen Interessen möglichen Mittel anzuwenden, um durch gleichmäßige Verteilung der Steuern, aber auch durch sehr scharfe Heranziehung der leistungsfähigen Kreise die uns aufgelegten Lasten allmählich abzuwürgen und die deutschen Finanzen langsam wieder zur Gesundung zu bringen. Später können meinen, daß die Ethik nichts mit Geldsachen zu tun habe. Wir glauben aber, daß die besondere Betonung des Momentes der Gerechtigkeit in Erzbergers Rede einen starken Widerhall in allen Kreisen des deutschen Volkes haben wird. Wenn ein Steuerprogramm aufgestellt wird, das so riesige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Opferwilligkeit jedes einzelnen Staatsbürgers stellt, dann muß die erste Vorbedingung die sein, daß die steuerliche Belastung gerecht verteilt ist. Wenn der kinderreiche Familienvater sieht, daß das kinderlose Ehepaar oder gar der Junggeselle nicht viel schärfer herangezogen werden als er, wenn der kleine Angestellte, der nichts besitzt als seine Arbeitskraft, nicht mindere besteuert wird, als der Rentner, der ein gleich hohes Einkommen besitzt, aber in seinem Kapital einen Rückhalt besitzt, so wird stärkste Steuerverdrossenheit und Unzufriedenheit auch beim bestgesinnten Staatsbürger an die Stelle der Steuerfreudigkeit treten. Darum wird man Erzbergers Zuversicht, daß entsprechend den Forderungen der Gerechtigkeit, das arbeitslose Einkommen bedeutend stärker besteuert werden wird als das nur aus Arbeit herrührende, als eine Gewähr dafür ansehen dürfen, daß jenen berechtigten Volksentschäumungen nach Kräften Rechnung getragen werden wird.

Was aber an Erzbergers Rede den Finanzpolitiker vor allem sympathisch berührt, das ist das klare Herausarbeiten der Notwendigkeit einer durch parteitaktische Interessen nicht beeinträchtigten einheitlichen Reichsfinanzreform. Wir schließen an dieser Stelle bei Besprechung des Planes des inzwischen zurückgezogenen Kapital- Ertragssteuerentwurfes:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß unser Finanzsystem an einem Mangel an Einheitlichkeit empfindlich leidet. Wir alle wissen, daß dieser Grundmangel in seinen Ursachen zurückzuführen ist auf die politische Zersplitterung Deutschlands, auf die Reservatrechte der Bundesstaaten, die einem einheitlichen Ausbau, insbesondere der grundlegendsten Steuer, der großen und sorglam gestaffelten Einkommensteuer, entgegenstehen. Von der Revolution und der politischen Neugestaltung hatten gerade die Finanzpolitiker das Niederreißen dieser hinzelnen Schranken zugunsten des Bundesstaaten erhofft. Diese Erwartung ist leider zunichte geworden. Gewiß nicht durch Schuld der Reichsregierung. Und wir erleben so mit einem gewissen Schmerzgefühl, daß auch die neue Steuergesetzgebung infolgen die Bahnen der Finanzpolitik der letzten Jahre nicht verläßt, als auch sie an die Stelle eines großen Ganzen, in das sich sinngemäß und einheitlich alle Einzelgesetze einfügen, und vor allem an die Stelle der grundlegenden Reichseinkommensteuer zahlreiche kleine Einzelgesetze setzt."

Es hat den Anschein, als ob bei Reichsminister Erzberger die Neigung besteht mit allen Kräften sich für eine immer stärkere Vereinheitlichung unseres Finanzsystems einzusetzen. Er will und muß alle politisch und wirtschaftspolitisch gezeichneten Kreise, die die großen Vorteile erkennen, welche ein Zusammenschweißen der bisher nebeneinander arbeitenden finanziellen Instanzen in Reich und Bundesstaaten mit sich bringen würden, bei diesem Beginnen auf seiner Seite haben.

Die Besitzer von Kriegsanleihen, von denen manche doch wohl immer noch das Damoklesschwert der Annullierung ihres Wertpapierbesitzes über ihren Häuptern schweben glaubten, werden den Ausspruch Erzbergers Rede mit starker Beruhigung vermerkt haben, in dem er sich eindeutig und klar gegen alle Experimente mit dem Staatsbankerott und auch gegen jede Benachteiligung der Kriegsanleihebesitzer aussprach. Er sagte, daß der Staatsbankerott keine Rettung bringe, da er im Innern des Landes das Volk bankerott machte und im Auslande uns jeden Kredit nehme. Man muß hierbei unmißverständlich an die Tage des Kriegsausbruches denken, wo weite Kreise in der Vermirrung und Angst der Stunde auf den Erlaß eines allgemeinen Moratoriums drängten, das nur durch die energische Haltung der Reichsbank verhindert wurde. Auch damals bedachten die Verfechter des Gedankens vom Moratorium nicht, daß es vielleicht eine momentane Linderung bringen könne, daß aber, wenn erst einmal alle Räder der Wirtschaft durch eine so ungeheuer tief eingreifende Maßnahme zum Stillstand gebracht seien, es außerordentlich schwer halten würde, sie wieder in regelmäßige Bewegung zu setzen. Und in der Tat ist die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, die Deutschland im Kriege zeigte, auch zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß man uns vor einem Moratorium mit seinen verheerenden Wirkungen bewahrt hatte. Die üblen Wirkungen, die beispielsweise das Bankenmoratorium in Frankreich angerichtet hat, sind wohl noch in der Erinnerung der Finanzpolitiker. Und so sieht es auch mit der Frage des Staatsbankerotts. Auch hier ist es leichter einzureißen, als